

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Korb,
sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund meiner Erkrankung ist es mir nicht möglich an der Stadtverordnetenversammlung vom 20.10.2023 teilzunehmen. Leider lässt die Hessische Gemeindeordnung eine Zuschaltung per Video nicht zu, weshalb ich die Möglichkeit nutze, den Haushalt schriftlich einzuführen,

Die Erstellung des Haushaltsentwurfs 2024 war eine besondere Herausforderung. Mit Ihnen gemeinsam konnten wir im Arbeitskreis Haushalt bereits vorbesprechen, wo die Knackpunkte liegen, die ich gleich allen vorstellen werde. Ich werde meine Ausführungen mit einer Präsentation unterstützen, damit Sie den einen oder anderen Aspekt besser mitverfolgen können.

Wie in der Vergangenheit möchte ich kurz die Rahmenbedingungen darstellen, in der wir uns als Bundesrepublik Deutschland befinden. Danach werde ich auf die Situation in Lampertheim eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben 2022 die Corona-Pandemie für beendet erklärt. Die aktuell aufkommenden Erkrankungen mit Corona darf man noch einer normalen Entwicklung zurechnen, zumal Corona nicht völlig ausgerottet ist. Gleich im Anschluss an diese gesundheitliche Krise schloss sich die Energiekrise an, bei der wir – Gott sei Dank trat das worst case-Szenario „Blackout“ nicht ein – uns darauf vorbereitet hatten, dass der Strom abgeschaltet und die Heizung kalt bleiben wird. Die Bevölkerung war zur Mithilfe aufgefordert und hat mit der Energieeinsparung von rund 20% einen bedeutenden Beitrag geleistet. Die Verwaltung tat dies auch, unter anderem damit, dass bestimmte öffentliche Gebäude nachts nicht mehr angestrahlt wurden, Home-Office-Arbeit ermöglicht wurde, aber auch weil die Temperaturen in den Räumen nach unten reguliert wurden, wie sie selbst im Sitzungssaal oder in der Hans-Pfeiffer-Halle gelegentlich wahrnehmen konnten.

Die Energiekrise kam aber nicht alleine daher und hatte ihren Auslöser in dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das löste nicht nur die eben genannte Energiekrise aus, sondern auch eine Flüchtlingswelle aus diesem Kriegsgebiet, die zusätzlich zur bestehenden Fluchtbewegung nach Deutschland führte. Deutschland hat sich der Flüchtlinge an- und sie aufgenommen. Wenn ich Deutschland sage, ist das eine unspezifische Beschreibung – Wir haben die Flüchtlinge aufgenommen: zunächst in der Verantwortung des Kreises Bergstraße, dann aber auch seit Mai 2023 in Lampertheim mit eigener Unterbringungsverantwortung. Dazu haben wir einige organisatorische Aufgaben und finanzielle Belastungen übernommen, die wir fortsetzen müssen. Ich komme später darauf zurück.

Zwischenzeitlich steht unwidersprochen fest, dass wir auch eine Klimakrise haben. Auf Bundesebene hat die Regierung erkannt, dass es etliche Regelungen braucht, die eine Stabilisierung oder einen Umschwung zur Verbesserung des Klimas erbringen. Erneuerbare Energie fördern, Kommunale Wärmeplanung erstellen (für unsere Kommune bis zum 30.06.2028), Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes, wonach erforderliche Sanierungen nach diesen klimaschützenden Regeln durchgeführt werden müssen. Das – und auch darauf komme ich später noch einmal zurück – bringt den Kommunen einige neue Aufgaben und finanzielle Belastungen. Auf die sind wir (noch) nicht vorbereitet – weder personell noch finanziell. Ferner stehen Wetterereignisse auf dem Plan, wie wir sie bislang noch nicht kannten: lange Trockenheit, dadurch Wasserknappheit – beispielsweise so ernstzunehmend, dass wir uns mit dem Thema Regulierung der Entnahme von Wasser und vor allen Dingen „Wassernotstand“ auch in unserer Kommune auseinandersetzen müssen, umgekehrt aber auch Starkregenereignisse im Juli und August erlebten, die zu KATWarn-Meldungen „Hochwassergefahr“ führten. Die Welt, das Klima, das Wetter, spielt verrückt. Darauf zu reagieren, fällt uns – mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht leicht.

Darüber hinaus will ich gar nicht auf die aktuell schwächelnde Wirtschaft eingehen, weil wie der Haushaltsentwurf auch zeigen wird, sich die Einnahmenseite aus Steuern immer erst zeitverzögert bei uns auswirkt. Die Gewerbesteuerzuflüsse werden mit Verzögerung spitz abgerechnet, deshalb haben wir hier noch eine recht gute Position, auch dadurch, dass die Anteile an der Einkommensteuer leicht gestiegen sind. Die Inflation, der enorme Anstieg des Preisindex in verschiedenen Branchen – Anstieg des Baukostenindex zum Beispiel um 17% innerhalb eines Jahres – werden das aber wieder auffressen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das bedeutet, dass wir in der Art der Finanzierung unseres Gemeinwesens wie bisher nicht mehr weitermachen können. Bereits in der letzten Haushaltseinführungsrede habe ich darauf hingewiesen, dass wir einen höheren Beitrag der Bevölkerung benötigen, um die Bedarfe zu decken. Ich bat darum, dass wir entweder die Grundsteuer B deutlich erhöhen oder die Finanzierung unserer lieb gewonnenen freiwilligen Leistungen reduzieren oder gar aufheben. Ich weiß, das tut weh – es wird aber kein Weg daran vorbeiführen.

Ich sage das auch ganz klar und deutlich:

Wir haben kommunale Pflichtaufgaben zu erledigen, die bezahlt werden müssen. Wir bekommen weitere Aufgaben zugewiesen, die von den Auftraggebern Bund und Land nicht vollständig finanziert sind und uns deshalb zusätzlich belasten und wir haben uns selbst Aufgaben auferlegt, die wir für sinnvoll halten, aber auch aus eigener Tasche bezahlen müssen. Wir müssen den Menschen in unserer Stadt – dabei geht es den Bürgerinnen und Bürgern in anderen Städten ähnlich – klar machen, dass dafür Geld aufgewendet werden muss, dass ihr Geld aufgewendet werden muss. Eine Vollkaskotalität – die Stadt muss das Übernehmen – nicht mehr – geht.

Beispiele? Gerne:

Pflichtaufgaben:

Straßenerhaltung von kleinen Straßeneinbrüchen bis zur grundhaften Sanierung – hierzu hat dieses Haus vor wenigen Jahren die Straßenbeitragssatzung ohne Ersatz auf 0 gestellt – Brückensicherung, illegale Müllentsorgung, Brandschutz, Gewässerschutz, und viele Aufgaben mehr

Zugewiesene Aufgaben:

Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung – ich unterstreiche an dieser Stelle BETREUUNG. Wir haben nicht - wie in diesem Hause häufig schon vorgetragen wurde - einen Rechtsanspruch auf einen Bildungsplatz in einer KiTa zu gewährleisten. Bildung ist nicht unsere Baustelle.

Die bevorstehende kommunale Wärmeplanung wird uns einiges an Geld kosten, Förderung bislang nicht in Sicht.

Uns wird die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) bei jeder Sanierung unserer eigenen Immobilien herausfordern. Wir können diese Art von Sanierung nicht überall realisieren, deshalb müssen wir Immobilien verkaufen. Ich komme auch darauf zurück.

Die Mitarbeit bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung kostet uns Personal- und Finanzressourcen in erheblicher Art.

- Selbst auferlegte Aufgaben:

Die Vereinsunterstützung, den Pakt für den Nachmittag, die Unterstützung vieler sozialer Organisationen, teilweise in sogenannten Hand- und Spanndiensten, deren Unterstützung sich auch in Personalressourcen in der Verwaltung niederschlagen: Ehrlicher Weise muss man ergänzen, wir betreiben ein Stadtmarketing, eine Kultur- und Ehrenamtsabteilung, daneben ein Schwimmbad, einen Busverkehr, den wir uns leisten wollen. Auch hier könnte ich weiter aufzählen.

Ich weiß, ich bin sehr deutlich – aber anders wird es nicht gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich sage ganz bewusst nicht, dass wir alle „freiwilligen“ Leistungen streichen sollten. Wir wollen Lebensqualität in Lampertheim bieten und unsere Bürgerinnen und Bürger sollen auch eine solche bekommen. Wir müssen uns aber bewusst machen:

- unsere Qualitätsstandards sind sehr hoch, die gilt es zu überprüfen und
- wir müssen uns davor hüten weiter so zu tun, als wäre vieles leicht nebenher zu tun. Das ist es nämlich nicht. Und
- wer eine Leistung haben möchte, muss dafür auch bezahlen.

Darüber hinaus brauchen wir qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine angemessene Bezahlung erwarten dürfen. Auch daran haben wir in der Vergangenheit gearbeitet. Daran arbeiten aber auch die Tarifparteien – auch darauf komme ich gleich zurück.

Meine Damen und Herren,

einen Blick zurück auf den noch geltenden und in Umsetzung befindlichen Haushalt 2023.

Wir haben Ihnen in den Controllingberichten zu den Stichtagen 31.05.2023 und 31.08.2023 die jeweiligen Übersichten gezeigt. Sie haben diese zur Kenntnis genommen. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie im Mai mit der Darstellung der Zahlen und dem Umfang zufrieden waren und uns das auch positiv rückgespiegelt haben. Das tut meinen Mitarbeitenden auch einmal gut.

Wir haben im Ergebnishaushalt 2023 ein Gesamtvolumen von 90.272 Mio. € geplant. Zum Stand August haben wir einen Haushaltsvollzug von rund 70%. Das ist ein guter Wert – bisher eine Punktlandung –, da die Projekte nach einer Erstellung von Leistungsverzeichnissen, der Ausschreibung, der Zuweisung, anschließender Ausführung, Abnahme und Abrechnung vorwiegend im letzten Quartal des Jahres abgeschlossen werden können. Haushaltswirksamkeit erkennen wir erst beim Jahresabschluss im Folgejahr.

Wir haben für das Jahr 2023 eine höhere Beteiligung der Bevölkerung an den Grundsteuern erbeten als uns zugestanden wurde. Wir haben von Ihnen Vorgaben erhalten, welche Einschränkungen wir vorzunehmen haben. Diese haben wir vollzogen. Wir haben unter anderen im Bereich der Kanalisation sowohl im Bau als auch im Betrieb, soweit uns das rechtlich möglich war, Abstriche gemacht. Dabei haben wir auf plötzliche Schadensereignisse zu reagieren, wie z.B. dieser Tage beim Regenüberlaufbecken am Oberlacher-Graben. Schätzungsweise 350 T€ zusätzliche Ausgaben kommen da noch auf uns zu. Wir haben im Bereich des Hochbaus seit Jahren Sanierungen zu Gunsten eines genehmigungsfähigen Haushalts verschoben oder unterlassen, und kamen dadurch in die Situation uns von verschiedenen Objekten zu trennen. Das wird auch an liebgewonnen Objekten nicht Halt machen. Wir werden regelmäßig durch auftretende Schäden an unseren Objekten in Notmaßnahmen hineingezwungen, z.B. Wassereinbruch über das Dach in der KiTa Neuschloß, Wassereinbruch beim Feuerwehrgerätehaus nach Starkregen, die uns von den geplanten Aufgaben wegziehen oder diese gar verhindern. An dieser Stelle möchte ich gerne den Punkt aufgreifen, dass wir mit einer pauschalen Reduzierung der Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1 Mio. € klarkommen mussten. Wir kriegen das hin. Das hat aber damit zu tun, dass wir bestimmte Aufgabenstellungen nicht erledigen konnten. Wir haben bestimmte Aufgaben heruntergefahren oder Projekte nicht umgesetzt. Wir haben im Gegenzug zur Schaffung der Voraussetzungen der Haushaltsgenehmigung auch Einnahmen beschrieben, die kommen sollten. Die kamen aber nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich sage das mal ganz deutlich:

- Wir haben im Jahr 2023 das Nötigste erledigt
 - Wir werden im Jahr 2024 auch nur das Nötigste erledigen können
- Und werden in unserer Stadt wenig gestalten

Sie haben im Gespräch mit uns Aufgabenfelder detektiert, die einer Überprüfung unterzogen wurden bzw. werden. Deren Anpassungen zeigen noch keine Wirkungen im Haushalt, mitunter auch deshalb, weil sie einen zu geringen Wert haben oder weil sie erst für künftige Haushalte Wirkungen zeigen können.

Das Investitionsvolumen liegt bei 16,0 Mio. €. Dieses haben wir u.a. vorgesehen für Maßnahmen im Stadtumbauprogramm, für den Ankauf der Wormser Landstr., Feuerwehrausstattung, Kanalerneuerungen, die Umgestaltung des Bahnhofs Hofheim etc. Dieses Volumen wurde bisher zu ca. 20 % in Anspruch genommen. Auch hier gilt, dass die Abrechnung der erbrachten Leistung meist erst im letzten Quartal des Jahres erfolgt. Insofern auch hier eine normale Entwicklung. Der Blick auf 2022 gibt uns Auskunft, dass etwa 40% eingebracht/umgesetzt wurden. In 2022 konnten bspw. einige Grundstücks-/Gebäudekäufe nicht realisiert werden, wie der Ankauf der Sedanhalle und der alten Schule sowie des Grundstücks Holz-Friedrich im Rahmen des Stadtumbaus. Ebenso offen blieb der eingeplante Betrag von 1,5 Mio. € für den Beginn des Bauhofneubaus

Wir werden im Haushaltsvollzug nach derzeitigem Stand Investitionen sowie Maßnahmen im Ergebnishaushalt nicht nach 2024 überführen müssen. Insofern bin ich zuversichtlich, dass wir einen ordentlichen Abschluss des Jahres 2023 erarbeiten können. Dafür danke ich insbesondere meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Bereichen der Verwaltung, der technischen Betriebsdienste, dem Wald, der Kläranlage und auch unseren Erzieherinnen und Erziehern. Sie haben einen guten Job gemacht.

Kommen wir zum Haushaltsentwurf 2024

Seit Ende Mai befasst sich die Verwaltung mit dem Haushaltsentwurf 2024. Unter den bekannten Großprojekten, z.B. Kauf einer Fläche und Bau eines neuen Betriebshofes, erfolgte dies unter strengen Begrenzungsmaßnahmen. Die Fachbereiche sind aufgefordert worden alle ihre Projekte aufzulisten. Diese Liste wurde dann mehreren Prüffragen unterzogen, die eine Reduzierung auf die notwendigsten Maßnahmen oder die politisch beauftragten Maßnahmen beinhaltete. Das erfolgt ähnlich eines Trichters: zuerst werden alle Aufgaben aufgelistet. Danach werden die weniger wichtigen Aufgaben, die zu schiebenden Maßnahmen, die weniger priorisierten Aufgaben usw. herausgestrichen, bis die unabweislichen Aufgaben stehen bleiben. Das sind die, die wir Ihnen vorstellen werden.

Im Anschluss lief das jährlich wiederholte Verfahren der Information der Politik im Arbeitskreis Haushalt am 20.09.2023 durch. Dort haben wir über die konkreten Herausforderungen unterrichtet. Wir danken den Vertreterinnen und Vertretern dieses Arbeitskreises, dass sie uns zugehört haben.

Wir können Ihnen heute einen Haushaltsentwurf vorlegen, der vorweg folgende Botschaften ermöglicht:

- der Haushalt kann ausgeglichen vorgelegt werden mit einem positiven Ergebnis von 451 T€.
- das Gesamtvolumen im Ergebnishaushalt beläuft sich auf 92 Mio. €
- das Investitionsvolumen beläuft sich auf 15 Mio. €
- mit dem positiven Cashflow i.H.v. 3,83 Mio. € können wir die haushalterische Forderung nach Deckung der Tilgungsleistungen in Höhe von 3,67 Mio. € erbringen
- die Hessenkasse ist hierin enthalten und kann entsprechend bedient werden

Damit ist der Haushalt grundsätzlich genehmigungsfähig.

Der Stellenplan ist nunmehr im vierten Jahr faktisch ohne Mehrung im technischen und Verwaltungsbereich, obwohl der Bedarf vorhanden wäre. Wenn Sie sich den Stellenplan anschauen werden Sie erkennen, dass 3 Stellen geschaffen wurden, die zum Ersatz der Langzeiterkrankten eingesetzt werden. Da diese Stellen nicht finanziell hinterlegt, weiten sie den Stellenplan aus, wirken sich aber nicht steigernd auf der Kostenseite aus. Wir haben damit die Möglichkeit geschaffen, während der Langfristabwesenheit erkrankter Mitarbeiter dauerhaft Ersatzkräfte einzustellen. Befristete Ausschreibungen werden unter den heutigen Arbeitsmarktbedingungen nicht beachtet.

Auch im Bereich der Erzieherinnen mussten wir in diesem Jahr auf eine Mehrung verzichten. Nicht weil wir keine neuen Stellen benötigten, sondern weil wir aufgrund des Fachkräftemangels bestehende Stellen nicht besetzen können und diese zunächst besetzen wollen, bevor wir neue unbesetzte Stellen produzieren und damit den Haushalt weiter aufblähen. Weil wir auch auf die Stelleneinrichtung für Hilfs- und Unterstützungskräfte verzichten, und hierfür die unbesetzten Stellen für Erzieherinnen und Erzieher heranziehen. Das aber wird sich möglicherweise bei der Arbeit in den Kindertagesstätten bemerkbar machen.

Wir haben in intensiven Gesprächen mit den Fachbereichen auf die erforderliche Neuschaffung von Stellen eingewirkt und werden für die Feuerwehr keine drei hauptamtlich Mitarbeitende einstellen (wir werden weiterhin auf die gute Mitarbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bauen), wir werden für die sehr arbeitsintensive Umsetzung der von der Politik im letzten Jahr aufgelegten Grünschutzsatzung keinen weiteren Mitarbeitenden einstellen (die Umsetzung geht dann eben nur in dem mit dem vorhandenen Personal möglichen Rahmen).

Mit diesem Verzicht in KiTa, Feuerwehr und Bauhof, vermeiden wir – sparen wir – rund 1 Mio. € zusätzliche Personalkosten, die für die Aufgabenerledigung erforderlich wären, die wir uns aber nicht leisten können.

Der Personalhaushalt macht im Gesamten 28.867.744 Mio. € aus, was einer Steigerung gegenüber dem Haushalt 2023 von 10% entspricht. Die Gründe hierfür liegen in der Umsetzung des Tarifabschlusses ab 03/24 (Erhöhung Tabellenentgelt um 200,00 € innerhalb jeder Entwicklungsstufe der jeweiligen Entgeltgruppe sowie weitere Erhöhung des sich hieraus ergebenden Tabellenentgeltes um 5,5 Prozent. Anpassung der Beamtenbesoldungen in Höhe von 8,00 Prozent; hiervon sind 3,00 Prozent bereits gesetzlich beschlossen, weitere 5% Besoldungserhöhung werden aufgrund der als verfassungswidrig festgestellten Besoldung der Beamtinnen und Beamten mittels mehrerer zeitlich versetzten Erhöhungen erwartet. In der Folge ist davon auszugehen, dass die Beamtenbesoldung noch einmal entsprechend angepasst wird.

Dazu kommen tarifrechtlich bedingte Höhergruppierungen und Stufensteigerungen sowie Beförderungen bei bereits höher bewerteten Beamtenstellen.

Das sind Kostenansätze, die nicht durch die Verwaltung zu beeinflussen sind und liegen ausschließlich in der Tarifierhöhung und gesetzlicher Anpassungen begründet. Es zeichnet sich ab, dass die Mitarbeiter der technischen Gewerke einer Höhergruppierung ab 01.01.2024 entgegensehen. Auch das wird den Personalhaushalt steigen lassen – schätzungsweise 250 T€.

An dieser Stelle möchte ich aber auch sagen, dass gute Arbeit auch eine angemessene Bezahlung braucht.

Gehen wir auf einzelnen Zahlen ein:

Einnahmeseite (Folie) mit bekannten Eckpunkten

Ausgabenseite (Folie) mit bekannten Eckpunkten

Personal/Stellenplan ist schon angesprochen worden. 32.671.310 Mio. €. Wie jedes Jahr sind die Versorgungskosten nicht von uns zu kalkulieren, so dass ein Ansatz von 3.803.566 Mio. € und damit um 530 T€ höher als im Vorjahr aufgerufen wird, der in der Gesamtsumme bereits dargestellt ist.

Die besonderen Projekte in unserem Haushalt sind, der Bauhof, sowie der Stadtumbau, mit den Projekten Zehntscheune, Heimatmuseum, Altes Rathaus, Alfred Delp-Platz. Weiterhin dringend erforderliche Pflichtaufgaben mit Maßnahmen für den Brandschutz: Machbarkeitsstudie zum Umbau der Feuerwehr mit der Beschreibung eines Erweiterungs- oder Neubaus der Feuerwehr Lampertheim Mitte. Die Beschaffung eines Ersatzes für die seit zwischenzeitlich 28 Jahren im Dienst befindliche Drehleiter, Beschaffung eines Mehrzweckbootes als Ersatz für das derzeitige alte (30 Jahre im Einsatz) finden sich im Investitionshaushalt wieder.

Die Auflösung des Wasserverbandes Bürstadt mit der Übertragung der Grabenpflege auf die beiden Kommunen Bürstadt und Lampertheim, die die Entwässerungsaufgaben interkommunal betreiben werden. Vor der Übertragung der Aufgaben und der hierfür erforderlichen Anlagen sind umfangreiche Ertüchtigungen notwendig.

Die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes wird uns nach der aktuellen Planung 500 T€ kosten, für die Vorbereitung der kommunalen Wärmeplanung setzen wir 150 T€ an und werden für die verbindlich zu errichtende Brandmeldeanlage im Stadthaus ebenfalls 150 T€ ansetzen, für die Trinkwasserleitung in der Dieselstraße 2, 120 T€, für das vorhin angesprochene Dach der KiTa Neuschloß 90 T€, für das undichte Dach über dem Foyer der Hans-Pfeiffer-Halle 90 T€, und nicht zuletzt den Austausch des Notstromaggregates der Feuerwehr Mitte mit einem Ansatz von 75 T€ Alleine das macht schon mehr als 1 Mio. € aus und da sind die vielen Kleinsummen bis zu 25 T€ gar nicht enthalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich hatte bereits in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass unser Haushaltsansatz Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen, im Jahr 2023 bei um 1 Mio. € reduziertem Ansatz von 15.655.336 € zu 71% (11,1 Mio. €) aus gebundenen Vertragsleistungen besteht, der auch die Energiekosten, Telekommunikationskosten, Betrieb der EDV-Anlagen usw. beinhaltet. Dieser Ansatz beläuft sich für den Haushalt 2024 auf 13,681 Mio. € und ich bitte inständig darum, keine pauschalen Kürzungen vorzunehmen.

Sie werden sich jetzt fragen, ob wir keine Flüchtlinge unterzubringen haben, weil hierfür kein Ansatz abgebildet wurde. Nein – wir werden Flüchtlinge unterbringen müssen. Wir wissen aber nicht wieviele Flüchtlinge wann kommen, wie die Finanzierung erfolgt, etc. Der Kämmerer der Stadt Darmstadt hat beispielsweise wegen fehlender Eckwerte und der vielen Unbekannten für die seriöse Erstellung des städtischen Haushalts darauf verzichtet, den Haushalt für 2024 in 2023 zu erarbeiten und vorzustellen. Genauso sehen wir das auch in Lampertheim in Bezug auf die Flüchtlinge. Es ist nicht zu kalkulieren. Sie erinnern sich noch, dass ich Ihnen in der ersten Stadtverordnetenversammlung des Jahres 2023 vorgetragen habe, dass die Stadt Lampertheim zwischen 400 und 500 Flüchtlinge aufnehmen müsse. Tatsächlich haben wir 100 Menschen aufgenommen. Das hat viele Gründe warum es nur 100 Menschen sind, aber wir rechnen wieder mit 400 – sogar mehr als 500 Menschen in 2024. Damit sprengen wir unseren Haushalt und können eine Genehmigungsfähigkeit nicht erreichen. Wir setzen – wie auch in den anderen Bereichen – auf die Vollbudgetierung und werden die Aufgaben erledigen, die anfallen. Sollte es erforderlich werden, dass wir mehr Geld benötigen als wir zur Verfügung haben, müssen wir erneut auf Sie zukommen und über einen Nachtrag sprechen.

Sie werden zu Recht fragen, warum wir nicht einen Mindestbetrag eingebracht haben, um das Themenfeld abzudecken. Weil wir es nicht vertreten können, unseren Haushalt sofort ins Minus zu stellen und – nicht wie andere Kommunen im Kreis Bergstraße – aus den Rücklagen ausgleichen können. Wir haben seit Jahrzehnten keine oder nur wenige Rücklagen. Ob sich das Ergebnis 2023

Schriftliche Einführung des Haushalts 2024 in der Stadtverordnetenversammlung am 20.10.2023

letztendlich positiv darstellt, ist aus den schon bereits genannten Gründen äußerst unsicher und noch mit vielen Haushaltsrisiken behaftet. Etliche Nachbarkommunen werden Defizite im Ergebnishaushalt abbilden. Wir können das nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist auf der Basis erstellt, das Machbare darzustellen. Dazu benötigen wir Ihre Zustimmung. Da ist es erforderlich, dass alle Fraktionen hier im Haus mitgehen und gemeinsam mit uns auch schlechte Nachrichten kommunizieren und diese gegen Widerstand aus der Bevölkerung verteidigen.

Damit schließe ich die Einführung des Haushalts 2024 ab.



Haushaltsplanentwurf 2024

Einführung des Haushaltsplans

Stadtverordnetenversammlung 20.10.2023

Stadt Lampertheim



Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.814.684
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.563.819
Kostensatzleistungen und -erstattungen	892.195
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	25.000
Steuern u. steuerähn. Erträge einschl. gesetzl. Umlagen	51.639.498
Erträge aus Transferleistungen	1.493.944
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	22.716.373
Erträge aus Sonderposten von Investitionszuweisungen	1.686.260
Sonstige ordentliche Erträge	1.675.160
Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	91.506.933

Die Zahlen basieren auf den Orientierungsdaten des HMdIS, die auf Grundlage der Mai-Steuerschätzung ermittelt werden.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland bildet sich darin nur teilweise ab.

Die Spitzabrechnung bei den Steuern erfolgt erst im Folgejahr und teilweise später.

Stadt Lampertheim



Personalaufwendungen	28.867.744
Versorgungsaufwendungen	3.803.566
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.980.463
Abschreibungen	4.156.620
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	5.122.630
Steueraufwendungen einschl. gesetzl. Umlagen*	34.751.374
Sonstige ordentliche Aufwendungen	72.930
Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	90.755.327

Die Personalkosten sind um 10% gestiegen.

Die Versorgungsaufwendungen nach den Berechnungen der Versorgungskasse liegen um rund 530 T€ höher als im Vorjahr

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind voll Budgetiert und von ursprünglich 21.630.968 € auf 13.980.463 € begrenzt worden. Sie enthalten alle planbaren Sachverhalte.

Stadt Lampertheim



Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	+ 92.006.433 € <small>Inkl. Finanzerträge</small>
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	- 91.555.305 € <small>Inkl. Finanzaufwendungen</small>
Ergebnis	+ 451.128 €
Investitionsvolumen Gesamt	- 14.902.150 €
davon Kreditfinanziert	- 7.397.543 €
Cashflow (Ifd. Verwaltungstätigkeit)	+ 3.827.486 €
Kredittilgungen	- 2.751.413 €
Hessenkasse	- 888.332 €

5